

Stempelmarke
16,00 €

*Bei telematischer Stempelmarke Datum und
„Identificativo“ angeben. Falls Zahlung mittels
F23 (codice tributo 456T) erfolgt, die
entsprechende Zahlungsbestätigung beilegen*

Stempelmarke (Datum) : _____

„Identificativo“ - Nummernkodex (14 Ziffern): _____



An die
Autonome Provinz Bozen– Südtirol
Abteilung 25 – Wohnungsbau
Kanonikus-Michael-Gamper-Straße, 1
39100 Bozen

Wohnbauakt Nr.:
eingereicht am:
angenommen von:

Ansuchen um die Gewährung von **Finanzierungen**

auf der Grundlage des theoretischen Gesamtbetrages der staatlichen Steuerabzüge für Wiedergewinnungsmaßnahmen im privaten Wohnbau

(Art. 2, Abs. 1, Buchstabe R) und Art. 78-ter, des Landesgesetzes vom 17. Dezember 1998, Nr. 13)

Das Ansuchen muss innerhalb 31.12 des darauffolgenden Jahres nach Tätigung der Ausgaben eingereicht werden

A) Wer das Ansuchen stellt

Ich unterfertigter/unterfertigte

Nachname Vorname

geboren am/...../..... in

Steuernummer

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

habe meinen meldeamtlichen Wohnsitz in der Gemeinde Postleitzahl

Fraktion StraßeNr.Stockwerk

Telefonnummer privat/Handy

E-Mail

mein Familienstand ist ledig getrennt geschieden

Witwe/Witwer verheiratet

mein Güterstand ist die Gütergemeinschaft

Gütertrennung

die Wohnung ist in meinem vollen Eigentum in Miteigentum zu %

oder ich verfüge über das
Fruchtgenussrecht auf der gesamten Wohnung auf% der Wohnung

Dauer des meldeamtlichen Wohnsitzes/Arbeitsplatzes in der Provinz Bozen

Der Gesuchsteller/die Gesuchstellerin erklärt in den letzten 5 Jahren vor Gesuchseinreichung ohne
Unterbrechungen

die Ansässigkeit oder

den Arbeitsplatz

in der Provinz Bozen gehabt zu haben.

B) Ehegatte/Ehegattin des Gesuchstellers/der Gesuchstellerin

Wenn der Gesuchsteller/die Gesuchstellerin nicht verheiratet ist → weiter zu Buchstabe C)

Nachname Vorname.....																							
geboren am/...../..... in																							
Steuernummer <table border="1"><tr><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td></tr></table>																							
<input type="checkbox"/> gleicher Wohnsitz wie der Gesuchsteller/die Gesuchstellerin oder																							
<input type="checkbox"/> anderer Wohnsitz:																							
Wohnsitz in der Gemeinde Fraktion																							
Straße Nr.																							
Telefon privat/Handy																							
Der Ehegatte/die Ehegattin erklärt folgendes Miteigentum an der Wohnung zu haben:																							
<input type="checkbox"/> Miteigentum zu% oder																							
<input type="checkbox"/> Fruchtgenussrecht zu% oder																							
<input type="checkbox"/> kein Miteigentum/Fruchtgenussrecht																							

C) Technische Daten der Wohnung

Gemeinde:	Katastralgemeinde (KG):	Blatt:	Bauparzelle (Bp.):
Baueinheit:	Materieller Anteil (m.A.)		
Anschrift: Gemeinde	Fraktion		
Straße	Nr.	Stockwerk	
Diese Immobilie ist im Katasterverzeichnis folgendermaßen eingetragen:			
<input type="checkbox"/> A/1 (herrschaftliche Wohnung)	<input type="checkbox"/> A/2 (bürgerliche Wohnung)	<input type="checkbox"/> A/3 (ökonomische Wohnung)	
<input type="checkbox"/> A/4 (Volkswohnung)	<input type="checkbox"/> A/5 (einfache Volkswohnung)	<input type="checkbox"/> A/6 (bäuerliche Wohnung)	

D) Wohnsitz in der Wohnung

Ich Gesuchsteller/Gesuchstellerin erkläre:
<input type="checkbox"/> meinen meldeamtlichen Wohnsitz in der oben beschriebenen Wohnung zu haben
oder
<input type="checkbox"/> dass ich meinen meldeamtlichen Wohnsitz in die oben beschriebene Wohnung innerhalb von 6 Monaten nach Abschluss der Arbeiten verlegen werde.
Ich Ehegatte/Ehegattin Miteigentümer/Miteigentümerin oder Inhaber/Inhaberin eines Fruchtgenussrechtanteils erkläre:
<input type="checkbox"/> meinen meldeamtlichen Wohnsitz in der oben beschriebenen Wohnung zu haben
oder
<input type="checkbox"/> dass ich meinen meldeamtlichen Wohnsitz in die oben beschriebene Wohnung innerhalb von 6 Monaten nach Abschluss der Arbeiten verlegen werde.

E) Andere Personen haben an der zu finanzierenden Wohnung ein Miteigentum oder einen Fruchtgenussrechtanteil

1)

Miteigentum/Fruchtgenussrechtanteil zu%

Nachname Vorname

geboren am/...../..... in

Steuernummer

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

ich habe meinen meldeamtlichen Wohnsitz in der unter Punkt C) beschriebenen Wohnung
oder

ich werde meinen meldeamtlichen Wohnsitz in die oben beschriebene Wohnung innerhalb von 6 Monaten nach Abschluss der Arbeiten verlegen.

Dauer des meldeamtlichen Wohnsitzes/Arbeitsplatzes in der Provinz Bozen

Der/die Unterfertigte erklärt in den letzten 5 Jahren vor Gesuchseinreichung ohne Unterbrechungen

die Ansässigkeit oder

den Arbeitsplatz

in der Provinz Bozen gehabt zu haben.

Datum

Unterschrift.....

2)

Miteigentum/Fruchtgenussrechtanteil zu%

Nachname Vorname

geboren am/...../..... in

Steuernummer

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

ich habe meinen meldeamtlichen Wohnsitz in der unter Punkt C) beschriebenen Wohnung
oder

ich werde meinen meldeamtlichen Wohnsitz in die oben beschriebene Wohnung innerhalb von 6 Monaten nach Abschluss der Arbeiten verlegen.

Dauer des meldeamtlichen Wohnsitzes/Arbeitsplatzes in der Provinz Bozen

Der/die Unterfertigte erklärt in den letzten 5 Jahren vor Gesuchseinreichung ohne Unterbrechungen

die Ansässigkeit oder

den Arbeitsplatz

in der Provinz Bozen gehabt zu haben.

Datum

Unterschrift.....

3)

Miteigentum/Fruchtgenussrechtanteil zu%

Nachname Vorname

geboren am/...../..... in

Steuernummer

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

ich habe meinen meldeamtlichen Wohnsitz in der unter Punkt C) beschriebenen Wohnung
oder

ich werde meinen meldeamtlichen Wohnsitz in die oben beschriebene Wohnung innerhalb von 6 Monaten nach
Abschluss der Arbeiten verlegen.

Dauer des meldeamtlichen Wohnsitzes/Arbeitsplatzes in der Provinz Bozen

Der/die Unterfertigte erklärt in den letzten 5 Jahren vor Gesuchseinreichung ohne Unterbrechungen

die Ansässigkeit oder

den Arbeitsplatz

in der Provinz Bozen gehabt zu haben.

Datum

Unterschrift.....

4)

Miteigentum/Fruchtgenussrechtanteil zu%

Nachname Vorname

geboren am/...../..... in

Steuernummer

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

ich habe meinen meldeamtlichen Wohnsitz in der unter Punkt C) beschriebenen Wohnung
oder

ich werde meinen meldeamtlichen Wohnsitz in die oben beschriebene Wohnung innerhalb von 6 Monaten nach
Abschluss der Arbeiten verlegen.

Dauer des meldeamtlichen Wohnsitzes/Arbeitsplatzes in der Provinz Bozen

Der/die Unterfertigte erklärt in den letzten 5 Jahren vor Gesuchseinreichung ohne Unterbrechungen

die Ansässigkeit oder

den Arbeitsplatz

in der Provinz Bozen gehabt zu haben.

Datum

Unterschrift.....

Information gemäß Art. 13 und 14 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 bezüglich der Erhebung von personenbezogenen Daten

Rechtsinhaber der Datenverarbeitung ist die Autonome Provinz Bozen. Die übermittelten Daten werden von der Landesverwaltung, auch in elektronischer Form, für die Erfordernisse des Landesgesetzes Nr.13/1998 verarbeitet. Die mit der Verarbeitung betraute Person ist der zuständige Direktor der Abteilung 25 Wohnungsbau. Die Daten müssen bereitgestellt werden, um die angeforderten Verwaltungsaufgaben abwickeln zu können. Gemäß den geltenden Bestimmungen erhält die betroffene Person auf Antrag jederzeit Zugang zu den sie betreffenden Daten, Auszüge und Auskunft darüber und kann deren Aktualisierung, Löschung, Anonymisierung oder Sperrung, sofern die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, verlangen.

Mit der Unterschrift bestätigt der/die Antragsteller/in das beiliegende Informationsblatt über die EU-Verordnung 2016/679 bezüglich der Erhebung von personenbezogenen Daten zur Kenntnis genommen zu haben.

Unwahre oder unvollständige Erklärungen

Mit der Unterschrift des Fragebogens nimmt/nehmen der/die Antragsteller/in zur Kenntnis, dass er/sie im Falle unwahrer oder unvollständiger Erklärungen laut Artikel 76 des D.P.R. Nr. 445 vom 28. Dezember 2000 strafrechtlich verfolgbare ist/sind, und dass die aufgrund der unwahren Angaben eventuell erhaltenen Förderungen widerrufen werden.

Das Amt wird stichprobenartige Kontrollen über den Wahrheitsgehalt der abgegebenen Erklärungen durchführen (Art. 5, L.G. Nr. 17/1993).

Wahl der Sprache des Schriftverkehrs

deutsch italienisch

Zustimmung Kommunikation E-Mail

(Legislativdekret vom 7 März 2005 Nr. 82 – Art. 1, Absatz 1 Buchst. v)-bis, Absatz 1-ter e Art. 3 bis Absatz 4-quinquies)

Der/die Antragsteller/in ersucht/ersuchen, dass die Kommunikation mit den Ämtern der Abteilung Wohnungsbau bezüglich der gesamten Verwaltungsverfahren ausschließlich über die auf der ersten Seite angeführte zertifizierte Email-Adresse (PEC) oder einfache Email-Adresse (PEO) erfolgen muss und erklärt/erklären, dass die Adresse für die gesamte Dauer der Verwaltungsverfahren aktiv bleibt bzw. eine eventuelle Adressenänderung rechtzeitig mitgeteilt wird.

Er/sie erklärt/erklären weiters sich bewusst zu sein und zu akzeptieren, dass

die Übermittlung und der Empfang der Mitteilungen/Unterlagen nicht garantiert ist, wenn die angeführte Email-Adresse keine zertifizierte Email-Adresse (PEC) ist (Art. 3-bis Absatz 4-quinquies des gesetzesvertretenden Dekretes 82/2009) und die Autonome Provinz Bozen - Abteilung Wohnungsbau - im Falle einer fehlgeschlagenen Kommunikation, welche nicht direkt auf die Autonome Provinz Bozen – Abteilung Wohnungsbau - zurückzuführen ist, von jeglicher Verantwortung befreit ist.

Kumulierbarkeit der Förderungen

Mit der Unterschrift dieses Fragebogens nimmt/nehmen der/die Antragsteller/in zur Kenntnis, dass die Summe der erhaltenen Förderungen

1. Beitrag für Neubau, Kauf oder Wiedergewinnung
2. Bauspardarlehen
3. zinsloses Darlehen für den Vorschuss der staatlichen Steuerabzüge
4. Beitrag für Energieeinsparung

die getätigten Gesamtausgaben für dieselbe Wohnung nicht überschreiten darf.

Verwendung einer telematischen Stempelmarke

Der/die Unterfertige/n erklärt/erklären, dass die betreffende Stempelmarke ausschließlich für das vorliegende Dokument verwendet wird und für 3 Jahre, im Sinne des Art. 37 des DPR Nr. 642 von 1972, aufbewahrt wird.

Der/die Gesuchsteller/in wird/werden über den Gesuchsablauf informiert:

Die Höhe der Finanzierung (zinsloses Darlehen) wird anhand der vorgelegten Erklärung des Bauleiters oder des befugten Technikers errechnet.

Daraufhin wird das Genehmigungsschreiben des Landesrates ausgefertigt.

Die gewährte Finanzierung kann durch Vorlage einer Bankgarantie in Höhe der gewährten Finanzierung vorzeitig ausgezahlt werden.

Für die ordentliche Auszahlung bzw. für die Rückerstattung der Bankgarantie im Falle der vorzeitigen Auszahlung, muss die Steuererklärung 2015, 2016, 2017, 2018 bzw. 2019 der Jahre 2014, 2015, 2016, 2017 bzw. 2018 vorgelegt werden, aus der die Höhe der vom Eigentümer bzw. Inhaber des Fruchtgenussrechtes getätigten Steuerabzüge hervorgeht.

Sind die getätigten Steuerabzüge geringer als die anhand der Erklärung des Bauleiters oder des befugten Technikers errechnete Finanzierung, so wird die gewährte Finanzierung entsprechend reduziert und die Differenz muss mit den gesetzlichen Zinsen zurückerstattet werden.

Daraufhin wird ein Darlehensvertrag (zehnjährige Laufzeit, Zinssatz 0%) unterzeichnet und bei der Agentur der Einnahmen registriert. Die Registergebühr beträgt derzeit 3% des Darlehensbetrages. Im Darlehensvertrag werden die Modalitäten und die Bedingungen der Rückzahlung geregelt.

Die Registergebühr und die für die Registrierung notwendigen Stempelmarken und Spesen gehen zu Lasten des Darlehensnehmers.

Im Falle der ordentlichen Auszahlung muss zusätzlich ein Quittungsvertrag unterzeichnet werden. Für die Registrierung muss eine Gebühr von derzeit 0,5% des Darlehensbetrages entrichtet werden.

Mit der Unterschrift dieses Ansuchens übernehmen die Gesuchsteller bereits jetzt die volle Verantwortung für die Vollständigkeit und die Richtigkeit steuerlichen Dokumentation, die er zum Zwecke der Auszahlung der Finanzierung vorlegen wird.

Sie verpflichten sich unverzüglich jede Änderung der vorgelegten Steuererklärungen mitzuteilen, die nach der Vorlage der Dokumente eingetreten ist.

....., den

Ort

Datum

Unterschrift

Gesuchsteller/Gesuchstellerin.....

Unterschrift

Ehegatte/Ehegattin.....

Dem Ansuchen beizulegende Dokumente:

- Fotokopie des Personalausweises (von allen, die das Gesuchsformular unterschrieben haben)
- Nur wenn das Eigentum im Grundbuch noch nicht eingetragen ist: Kopie des Schenkungs- oder des Kaufvertrages mit Grundbuchsdekret
- Erklärung des Bauleiters über die Art und die Kosten der Arbeiten (Anlage)

Information gemäß Artikel 13 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zur Erhebung von personenbezogenen Daten, welche von der betroffenen Person eingeholt werden/wurden

Rechtsinhaber für die Datenverarbeitung:

Rechtsinhaber für die Datenverarbeitung ist die Autonome Provinz Bozen, Silvius-Magnago-Platz Nr. 4, Landhaus 3a, 39100, Bozen, E-Mail: generaldirektion@provinz.bz.it PEC: generaldirektion.direzionegenerale@pec.prov.bz.it

Datenschutzbeauftragte (DSB):

Die Kontaktdaten der DSB der Autonomen Provinz Bozen sind folgende: Autonome Provinz Bozen, Landhaus 1, Organisationsamt, Silvius-Magnago-Platz Nr. 1, 39100 Bozen; E-Mail: dsb@provinz.bz.it; PEC: dsb@pec.prov.bz.it

Zwecke der Verarbeitung:

Die übermittelten Daten werden vom dazu befugten Landespersonal, auch in elektronischer Form, für institutionelle Zwecke in Zusammenhang mit dem Verwaltungsverfahren verarbeitet, zu dessen Abwicklung sie im Sinne des Landesgesetzes vom 17. Dezember 1998, Nr. 13, und Dekret des Landeshauptmannes vom 15. Juli 1999, Nr. 42 und Landesgesetz vom 22. Oktober 1993, Nr. 17, alle in geltender Fassung, angegeben wurden. Die mit der Verarbeitung betraute Person ist der Direktor der Abteilung 25 an seinem Dienstsitz. Die Mitteilung der Daten ist unerlässlich, damit die beantragten Verwaltungsaufgaben erledigt werden können. Wird die Bereitstellung der Daten verweigert, können die eingegangenen Anträge und Anfragen nicht bearbeitet werden.

Mitteilung und Datenempfänger:

Die Daten können folgenden anderen öffentlichen und/oder privaten Rechtsträgern zur Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen im Rahmen ihrer institutionellen Aufgaben mitgeteilt werden, soweit dies in engem Zusammenhang mit dem eingeleiteten Verwaltungsverfahren erfolgt: Landesämter, Gemeinden, Katasteramt und Grundbuch, Agentur für Einnahmen und Finanzbehörde, Nifs (INPS), SIAG, Südtirol Finance AG und konventionierte Banken. Die Daten können auch weiteren Rechtsträgern mitgeteilt werden, die Dienstleistungen in Zusammenhang mit der Wartung und Verwaltung des informationstechnischen *Systems* der Landesverwaltung und/oder der institutionellen Website des Landes, auch durch *Cloud-Computing*, erbringen. Der Cloud Provider Microsoft Italien GmbH, welcher Dienstleister der Office365 Suite ist, hat sich aufgrund des bestehenden Vertrags verpflichtet, personenbezogenen Daten nicht außerhalb der Europäischen Union und der Länder des Europäischen Wirtschaftsraums (Norwegen, Island, Lichtenstein) zu übermitteln.

Datenübermittlungen:

Es werden keine personenbezogene Daten an Drittländer übermittelt.

Verbreitung:

Ist die Verbreitung der Daten unerlässlich, um bestimmte von der geltenden Rechtsordnung vorgesehene Veröffentlichungspflichten zu erfüllen, bleiben die von den gesetzlichen Bestimmungen vorgesehenen Garantien zum Schutz der personenbezogenen Daten der betroffenen Person unberührt.

Dauer:

Die Daten werden so lange gespeichert, als sie zur Erfüllung der geltenden rechtlichen Verpflichtungen in den Bereichen Abgaben, Buchhaltung und Verwaltung benötigt werden, und zwar bis zur Löschung des Status als Wohnbauhilfeempfänger/in.

Automatisierte Entscheidungsfindung:

Die Verarbeitung der Daten stützt sich nicht auf eine automatisierte Entscheidungsfindung.

Rechte der betroffenen Person:

Gemäß den geltenden Bestimmungen erhält die betroffene Person auf Antrag jederzeit Zugang zu den sie betreffenden Daten und es steht ihr das Recht auf Berichtigung oder Vervollständigung unrichtiger bzw. unvollständiger Daten zu; sofern die gesetzlichen Voraussetzungen gegeben sind, kann sie sich der Verarbeitung widersetzen oder die Löschung der Daten oder die Einschränkung der Verarbeitung verlangen. Im letztgenannten Fall dürfen die personenbezogenen Daten, die Gegenstand der Einschränkung der Verarbeitung sind, von ihrer Speicherung abgesehen, nur mit Einwilligung der betroffenen Person, zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen des Verantwortlichen, zum Schutz der Rechte Dritter oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses verarbeitet werden.

Das entsprechende Antragsformular steht auf der Webseite <http://www.provinz.bz.it/de/transparente-verwaltung/zusaetzliche-infos.asp> zur Verfügung.

Rechtsbehelfe:

Erhält die betroffene Person auf ihren Antrag innerhalb von 30 Tagen nach Eingang – diese Frist kann um weitere 60 Tage verlängert werden, wenn dies wegen der Komplexität oder wegen der hohen Anzahl von Anträgen erforderlich ist – keine Rückmeldung, kann sie Beschwerde bei der Datenschutzbehörde oder Rekurs bei Gericht einlegen.

Information gemäß Artikel 14 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zur Erhebung von personenbezogenen Daten, welche nicht bei der betroffenen Person eingeholt werden/wurden

Rechtsinhaber für die Datenverarbeitung:

Rechtsinhaber für die Datenverarbeitung ist die Autonome Provinz Bozen, Silvius-Magnago-Platz Nr. 4, Landhaus 3a, 39100, Bozen, E-Mail: generaldirektion@provinz.bz.it, PEC: generaldirektion.direzionegenerale@pec.prov.bz.it

Datenschutzbeauftragte (DSB):

Die Kontaktdaten der DSB der Autonomen Provinz Bozen sind folgende: Autonome Provinz Bozen, Landhaus 1, Organisationsamt, Silvius-Magnago-Platz Nr. 1, 39100, Bozen; E-Mail: dsb@provinz.bz.it, PEC: dsb@pec.prov.bz.it

Ursprung:

Die Daten stammen von Landesämtern, Gemeinden, Kataster, Grundbuch, Agentur für Einnahmen, Nifs (INPS), INAIL und wurden im Sinne des Landesgesetzes/der Verordnung zum Landesgesetz vom 17. Dezember 1998, Nr. 13, Dekret des Landeshauptmannes vom 15. Juli 1999, Nr. 42, und Landesgesetz vom 22. Oktober 1993, Nr. 17, alle in geltender Fassung, erhoben.

Die Daten stammen aus öffentlich zugänglichen Quellen (z.B. Archive, Register, von öffentlichen Rechtsträgern geführte Verzeichnisse, Berufsverzeichnisse):

ja, wie oben nein

Kategorien der Daten:

Es handelt sich um Identifizierungsdaten; sensible Daten; Gesundheitsdaten, sexuelle Leben und Orientierung biometrische Daten;

genetische Daten; Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten (Gerichtsdaten).

Zwecke der Verarbeitung:

Die erhobenen Daten werden vom dazu beauftragten Landespersonal, auch in elektronischer Form, für institutionelle Zwecke in Zusammenhang mit dem Verwaltungsverfahren verarbeitet, zu dessen Abwicklung sie erhoben wurden. Die mit der Verarbeitung betraute Person ist der Direktor der Abteilung 25, Wohnungsbau, an seinem Dienstsitz.

Mitteilung und Datenempfänger:

Die Daten können folgenden anderen öffentlichen und/oder privaten Rechtsträgern zur Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen im Rahmen ihrer institutionellen Aufgaben mitgeteilt werden, soweit dies in engem Zusammenhang mit dem eingeleiteten Verwaltungsverfahren erfolgt: Landesämter, Gemeinden, Notare, Katasteramt und Grundbuch, Agentur für Einnahmen und Finanzbehörde, Nisf (INPS), SIAG Südtirol Finance AG und konventionierte Banken. Die Daten können auch weiteren Rechtsträgern mitgeteilt werden, die Dienstleistungen in Zusammenhang mit der Wartung und Verwaltung des informationstechnischen Systems der Landesverwaltung und/oder der institutionellen Website des Landes, auch durch Cloud-Computing, erbringen. Der Cloud Provider Microsoft Italien GmbH, welcher Dienstleister der Office365 Suite ist, hat sich aufgrund des bestehenden Vertrags verpflichtet, personenbezogenen Daten nicht außerhalb der Europäischen Union und der Länder des Europäischen Wirtschaftsraums (Norwegen, Island, Lichtenstein) zu übermitteln.

Datenübermittlungen:

Es werden keine Daten an Drittländer übermittelt.

Verbreitung:

Ist die Verbreitung der Daten unerlässlich, um bestimmte von der geltenden Rechtsordnung vorgesehene Veröffentlichungspflichten zu erfüllen, bleiben die von gesetzlichen Bestimmungen vorgesehenen Garantien zum Schutz der personenbezogenen Daten der betroffenen Person unberührt.

Dauer:

Die Daten werden so lange gespeichert, als sie zur Erfüllung der geltenden rechtlichen Verpflichtungen in den Bereichen Abgaben, Buchhaltung und Verwaltung benötigt werden, und zwar bis zur Löschung des Status als Wohnbauhilfeempfänger/in.

Automatisierte Entscheidungsfindung:

Die Verarbeitung der Daten stützt sich nicht auf eine automatisierte Entscheidungsfindung.

Rechte der betroffenen Person:

Gemäß den geltenden Bestimmungen erhält die betroffene Person auf Antrag jederzeit Zugang zu den sie betreffenden Daten und es steht ihr das Recht auf Berichtigung oder Vervollständigung unrichtiger bzw. unvollständiger Daten zu; sofern die gesetzlichen Voraussetzungen gegeben sind, kann sie sich der Verarbeitung widersetzen oder die Löschung der Daten oder die Einschränkung der Verarbeitung verlangen. Im letztgenannten Fall dürfen die personenbezogenen Daten, die Gegenstand der Einschränkung der Verarbeitung sind, von ihrer Speicherung abgesehen, nur mit Einwilligung der betroffenen Person, zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen des Verantwortlichen, zum Schutz der Rechte Dritter oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses verarbeitet werden.

Das entsprechende Antragsformular steht auf der Webseite <http://www.provinz.bz.it/de/transparenzverwaltung/zusaetzliche-infos.asp> zur Verfügung.

Rechtsbehelfe:

Erhält die betroffene Person auf ihren Antrag nicht innerhalb von 30 Tagen nach Eingang – diese Frist kann um weitere 60 Tage verlängert werden, wenn dies wegen der Komplexität oder wegen der hohen Anzahl von Anträgen erforderlich ist – keine Rückmeldung, kann sie Beschwerde bei der Datenschutzbehörde oder Rekurs bei Gericht einlegen.